AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Sachsens Landarbeiter rufen zum Kampf

Landarbeiter-Konferenzen in Ostsachsen . Organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub und Entlassungen

Am Sonnabend und Sonntag fanden von der RGO organisierte Landarbeiterkonferenzen im Dresdner Bezirk statt. Am Sonnabend versammelten sich in Possendorf die Vertreter der Orte und Güter von Possendorf, Hänichen, Kreischa, Rippien und Gamewitz. Anwesend waren 29 Arbeiterinnen und Arbeiter. Von ihnen gehörten 12 der RGO an, 3 dem Allgemeinen Melkerbund, einer dem DLV und 13 waren unorganisiert.

Am Sonntag fand in Niederjedlitz eine Konferenz aller in der Nähe liegenden Güter statt. Es waren vertreten die Güter Helfenberg, Rottwernsdorf, Struppen, Gohlis, Hänichen, Roßtal-Dölschen, Leuben-Lockwitz, Mähren-Meißen, Pirna-Zehista sowie ein Vertreter von Großenhain. Der freie Schweizerbund, Ortsgruppe Mähren-Meißen, hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Eine Anzahl Kollegen waren im DLV oder ADMB organisiert.

Folgender Aufruf wurde einstimmig beschlossen:

Aufruf an alle Landarbeiter Sachsens!

Die auf der von der RGO organisierten Gutsdelegiertenkonferenz versammelten Vertreter der Rittergüter, Hänichen, Rottwernsdorf, Helfenberg, Struppen, Gohlis, Dölschen, Leuben-Lockwitz, Pirna-Zehista, Mähren-Meißen und Großenhain, die sich zusammensetzen aus Mitgliedern der RGO, des DLV, des ADMB und unorganisierten Kollegen, rufen alle Landarbeiter Sachsens auf, die Vorstöße der Junker auf neue Senkung ihrer Grundlohne mit dem Streik zu beantworten.

Immer stärker werden die Schläge der Junker gegen die Landarbeiter. Zweimal wurde in diesem Jahre bereits der Lohn gesenkt. Ermutigt durch die bedingungslose Hinnahme der Lohnsenkung durch den Deutschen Landarbeiterverband und den Allgemeinen Deutschen Melkerbund, stoßen jetzt die Junker erneut zu. Die Schleicherregierung, die die Politik Papens mit aller Härte fortsetzt, nimmt sich der Forderungen der Junker besonders an.

In seiner programmatischen Rundfunkrede fordert Schleicher den weiteren Schutz der Großagrarier. Er erklärte wörtlich:

„Nach wie vor besteht ein Mißverhältnis zwischen den überhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden."

Damit fordert Schleicher also die weitere Herabsetzung der Grundlohne der Landarbeiter. Weiterhin fordert er, daß

„jugendliche städtische Erwerbslose auf dem Lande in solchen Familienwirtschaften, die nicht bezahlte Arbeitskräfte halten müssen, als mitarbeitende Haus- und Familienangehörige" untergebracht seien. Das heißt, daß die **Erwerbslosenarmee** der Landarbeiter noch vergrößert werden soll. Die werktätigen Bauern werden keinen Gebrauch hiervon machen können, da sie selbst sich etwas zum Leben haben. Aber die Groß- und Mittelbauern werden jetzt ihre Landarbeiter entlassen und versuchen, sich jugendliche Erwerbslose zu erhalten.

Die auf der Konferenz Versammelten fordern deshalb alle erwerbslosen Kollegen auf, den Kampf der noch in Betrieb stehenden Landarbeiter zu unterstützen und geloben auf der anderen Seite auch ihre Belegschaften zur Unterstützung des Kampfes der erwerbslosen Kollegen bei ihrem großen Kampfe, Rettung vor Hunger und Frost, zu mobilisieren.

Die Konferenz ruft weiterhin die werktätigen Bauern auf, bei ihrem Kampf zu unterstützen, das Kampfbündnis mit ihnen herzustellen. Sie verpflichten sich auf der anderen Seite die Landarbeiter zur Verhinderung von Exmittierungen bei Klein- und Zwergbauern zu mobilisieren.

Die faschistische Schleicherregierung ist der erbitterte Feind der Landarbeiter. Unter ihr werden die Junker noch frechere Raubmaßnahmen verlangen.

Zu Hilfe kommen ihnen dabei die Führer des DLV und des ADMB. Sie unternahmen nichts gegen den Notverordnungsraub. Sie schlossen im Sommer dieses Jahres eine freie Vereinbarung ab, durch die die Löhne der Landarbeiter erneut gesenkt wurden. Auch jetzt unternehmen sie nichts gegen den drohenden Lohnraub bei den Landarbeitern.

Im Gegensatz zu Leipart, der Vorsitzende des ADGB, geht zu Schleicher, dem General, und bietet seine Hilfe zur Durchführung faschistischer Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft an. Die Versammelten

fordern deshalb den Ausschluß Leiparts aus dem ADGB, da sie in dieser Handlungsweise einen neuen Verrat sehen, die sich unter Führung der RGO immer stärker bildende kämpfende Einheitsfront zu zerschlagen.

Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, daß ihnen dieser Verrat nicht gelingt, und erkennen, daß es nur möglich ist durch die Aufnahme des Kampfes die Angriffe der Junker zurückzuschlagen. In Hunderten von Streiks hat die RGO in den letzten Wochen bewiesen, daß der Kampf der Arbeiterschaft wirksam geführt werden kann.

Die Nazis fallen der Arbeiterschaft, insbesondere den Landarbeitern, in den Rücken. Sie organisierten den Streikbruch, wie es auf dem Gute **Eichstädt** der Fall gewesen ist. Darum rufen die Versammelten alle nationalsozialistischen Landarbeiter auf:

Kehrt der NSDAP den Rücken, reiht euch in die Kampffront aller Landarbeiter ein.

Die Konferenz erkennt, daß es notwendig ist, das gemeinsame Kampfbündnis aller Landarbeiter mit der Industriearbeiterschaft und den werktätigen Bauern herzustellen, für die Forderungen:

gegen jeden Pfennig Lohnraub,
für Wiedererringung des Lohnes vom Juli 1931,
gegen jede Entlassung,
für Beseitigung des Deputatlohnes und Angleichung der Geldlöhne an die der Industriearbeiter,
für Beseitigung betrieblicher Mißstände.

Die Landarbeiter berichten

Auf der Konferenz in Possendorf wurde eine Entschließung gefaßt, in der die sächsischen Landarbeiter aufgefordert werden, Kampfausschüsse zu wählen und zum Streik um ihre Forderungen zu rüsten.

Die Konferenz fordert die Aufhebung des Todesurteils gegen den Antifaschisten Barti.

Den streikenden norwegischen Forstarbeitern wurde aktivste Solidarität gelobt.

In der Konferenz in Niederjedlitz hielt der Genosse R. von der Landesleitung der RGO, Industriegruppe Land-Forst, ein Referat über die Angriffe der Junker und die Maßnahmen der Landarbeiter.

Ein Genosse von Dölschen machte eine Reihe Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeiten, die den Beifall der Kollegen fanden.

Der Vertreter von Rittergut Helfenberg:

„Man nennt unser Rittergut Hungerburg Helfenberg. Das ist in der Tat der Fall. Die Kost der Landarbeiter ist unter aller Sau. Selbst der Fleischer erklärt, daß er die minderwertigste Wurst für die Landarbeiter machen muß. Das Benehmen des Junkers Ulbrich spottet jeder Beschreibung. Der Verwalter ist Stahlhelmer und unterscheidet sich nicht wesentlich von dem Besitzer. Die Belegschaft beginnt sich hiergegen zu wehren. Die RGO muß ihre Arbeit auf dem Gute verstärken. Auf dem Nachbargut ist ein Nazischweizer. Er wird von der Belegschaft so „geachtet", daß er sich auf dem Hof nicht gut sehen lassen kann. Vor längerer Zeit hat ihn deshalb der Junker herausgenommen und schickt ihn jetzt Milch verkaufen, denn da kommt er mit der übrigen Belegschaft nicht mehr so zusammen.

Die Delegierten von Rottwernsdorf

sprach über die Verhältnisse auf dem Gut und erklärte, daß der Druck der Junker auf die Landarbeiter so stark ist, daß sie sich nicht einmal getrauen, sich mit anderen Kollegen zu unterhalten. Er führt das auch mit darauf zurück, daß die DLV-Führer die Landarbeiter hierzu auffordern. Ebenso geht es auf den Nachbargütern aus. In Cotta ist es besonders schlimm.

Ein Kollege von Struppen

zeigte auch eine Reihe von Tatsachen auf und betont insbesondere, daß die RGO mehr Fühlung mit den Landarbeitern nehmen muß und daß die Güter unter einander bessere Verbindungen schaffen müßten.

Der Kollege von Gohlis

erzählt, daß er herausgeworfen wurde, weil angeblich keine Arbeit mehr vorhanden sei. Dies stimme aber nicht, sondern er ist entlassen worden, weil er sich dem Junker gegenüber vermauliert habe. Er berichtete noch, daß der Gärtner in Gohlis die jungen Landarbeiter schlägt. Eine Anzahl Nazis wollten austreten, weil sie nicht mehr den Beitrag zu zahlen gewillt waren. Daraufhin zahlte ihnen der Junker die Beiträge.

Der Vertreter von Hänichen

stellt in den Vordergrund, daß es den Landarbeitern noch an der nötigen Schulung fehlt. Er berichtete davon, daß der Oberschweizer von Bärenklause-Gatsch in Rußland gewesen sei und jetzt in den einzelnen Dörfern und Gutsbelegschaften seine Erlebnisse schildert. Die RGO hat damit schon einen sehr guten Erfolg zu verzeichnen. Es gelang die Maßregelung eines Schweizers durch Androhung des Milchabkaufboykotts bei dem betreffenden Bauer rückgängig zu machen.

Der Delegierte von Großenhain

geht davon aus, daß es im Großenhainer Gebiet noch ziemlich schlecht aussieht. Daß sie aber jetzt alles tun werden, um vorzustoßen. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Junker und DLV-Führer bewußt den Tarifablauf in die für die Landarbeiter ungünstige Zeit verlegt haben. Der RGO war es möglich, für drei Landarbeiterinnen auf dem Rittergut Rauendorf die Bezahlung von einigen Sonderlöhnen herauszuholen. Er weist besonders nach, daß hier der DLV ein schäbige Rolle gespielt hat. Die DLV-Betriebsräte gingen zum Junker und **verlangten, daß die betreffenden Landarbeiterinnen den ihnen zustehenden Lohn nicht bekommen sollten, da sie nicht im Verband seien. Dabei steht fest, daß die Landarbeiterinnen im Verband sind, nur waren sie einige Beiträge rückständig. Es konnte dann aber erreicht werden, daß die Landarbeiterinnen ihr Geld bekamen.**

Der Vertreter der Schweizerbund-ortsgruppe Mähren

berichtet, daß sie aus Protest gegen die dauernde Verratspolitik der ADMB-Führer die Gelder sperren. Er berichtet dann noch, daß der Nazigutsbesitzer Uhlemann in Kleinlagen seinen eigenen Pg. Schweizer herausgeworfen habe, da er nicht genügend leiste.

Ein Kollege von Zehista

erzählte von den Schwierigkeiten auf seinem Gut. Ein Kollege von Niederjedlitz macht eine Reihe organisatorischer Vorschläge und spricht davon, daß manchmal die Kollegen und Genossen noch nicht das nötige Rückgrat haben, und etwas zu schwach vorgehen.

Der Genosse R. ergänzte noch die Vorschläge und schloß mit der Aufforderung, alles zu tun, um die kämpfende Einheitsfront aller Landarbeiter herzustellen, um die Junker zurückzuschlagen.

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung gesteht das

Bündnis der ADGB-Führer mit Schleicher

Die SPD-„Opposition" gegen die Diktaturregierung ist die Rückendeckung für den Leipartkurs . Steigert den Proteststurm

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung nimmt in ihrer letzten Nummer in einem Artikel „Regierungswechsel und Gewerkschaftspolitik" offen für eine enge Zusammenarbeit mit der Schleicherregierung Stellung. Nachdem gesagt wird, daß die Zusammensetzung der Schleicherregierung „keine Aenderung in der Staatsführung sei, auf die die Arbeiterschaft irgendwelche Hoffnungen setzen könne, heißt es dann wörtlich:

„Die Neubesetzung des Reichsarbeitsministeriums sollte so etwas wie eine Konzession an die organisierte Arbeiterschaft sein, denn es ist bekannt, daß Dr. Snrup bei den Gewerkschaften gewisse persönliche Sympathien hat. Jeder, der ihn kennt, wird ihm soziales Verständnis und soziales Wollen ebensowenig absprechen können wie die verdienstvolle Mitarbeit auf verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik. Trotzdem halten wir die Berufung Syrups nur für eine Scheinkonzession."

Und deshalb hält die Sächsische Gewerkschaftszeitung Syrup, trotz seiner „verdienstvollen Mitarbeit" als Präsident der Reichsanstalt beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung, für eine „Scheinkonzession"? Weil er sich „gegenüber den Ministern der anderen wirtschaftlichen Ressorts kaum durchsetzen könne, da ihm dazu die Robustheit fehle, die heute ein Reichsarbeitsminister haben müsse."

Die Diskussion darüber, ob Syrup eine „Konzession" oder eine „Scheinkonzession" darstellt und die in der Sächsischen Gewerkschaftszeitung zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit ist überhaupt nur so zu erklären, daß

die ADGB-Führer bei den Verhandlungen mit Schleicher über die Besetzung des Arbeitsministeriums den Wunsch geäußert haben, einen robusteren Gewerkschaftsführer zum Arbeitsminister zu ernennen.

Schleicher hat das abgelehnt, weil er es im Augenblick für besser hält, die Zusammenarbeit mit den ADGB-Führern nicht so offen in Erscheinung treten zu lassen. Da die Sächsische Gewerkschaftszeitung die offene Beteiligung des ADGB an der Regierung wünscht, ist sehr verständlich, daß sie sich wütend gegen die sozialdemokratische Presse wendet, die unter dem Druck der Massenstimmung auch der sozialdemokratischen Arbeiter von der Lösung der Verbindungen mit der Schleicherregierung spricht. Die Sächsische Gewerkschaftszeitung schreibt:

„Bei der Verschiedenartigkeit zwischen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aufgaben werden auch die Gewerkschaften nicht die für die Partei notwendige taktische Haltung ohne weiteres übernehmen können.

Die Oppositionsstellung der Partei macht es z. B. den Parteiinstanzen fast unmöglich, mit der Regierung über sachliche Fragen zu verhandeln. Es wäre aber töricht, etwa von den Gewerkschaften dasselbe zu verlangen. In einem Teil der Parteipresse sind allerdings bei der Erörterung parteitaktischer Fragen derartige Forderungen aufgetaucht. Da wird von einer notwendigen Revolutionierung der Gewerkschaften, von der Lösung von Zwangsverbindungen u. dgl. m. gesprochen und auch **von den Gewerkschaften die Lösung aller Verbindungen mit der Reichsregierung gewünscht. Bei diesen Forderungen werden aber meist sowohl die besonderen Aufgaben der Gewerkschaften innerhalb der Gesamtbewegung als auch Wesen und Sinn der sozialdemokratischen Opposition verkannt.**

Gewerkschaftliche Aufgaben sind zum großen Teile Tagesaufgaben. Die Gewerkschaften müssen in jeder politischen Situation und gegenüber jeder Regierung versuchen, die Tagesnöte der Arbeiterschaft zu lindern. Dabei waren sie in der Vergangenheit oft genug genötigt, und werden auch künftig oft genug in die Lage kommen, mit Regierungen zu verhandeln, denen gegenüber die SPD in Opposition steht und vielleicht stehen muß. Das ist kein Gegensatz zu der oppositionellen Haltung der Partei, sondern eine Ergänzung ihrer Arbeit. Denn auch die SPD treibt ja keine Opposition um ihrer selbst willen, oder nur aus agitatorischen Gründen. Sie will und muß auch in der Opposition praktische Arbeiterpolitik treiben und ihre ganze Kraft zur Linderung der gegenwärtigen Nöte der Arbeiterschaft einsetzen. Für die praktische Durchführung dieser mit den Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben wird es oft genug notwendig sein, daß die Gewerkschaften Verbindungen anknüpfen und Verhandlungen führen."

Das Organ des ADGB des Bezirkes Sachsen bestätigt also, daß Verbindungen zwischen der Gewerkschaftsführung und der Schleicherregierung bestehen.

Die Gewerkschaften halten es für notwendig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es nicht „Wesen und Sinn der sozialdemokratischen Opposition" ist, alle Verbindungen mit der Diktaturregierung zu lösen. Damit entlarvt die Gewerkschaftszeitung das betrügerische Manöver der SPD, die nur vorgibt gegen Schleicher zu sein, um die empörten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu täuschen.

In Wirklichkeit hilft die Scheinopposition der SPD nur die Rückendeckung dafür, hinter der die Gewerkschaftsorganisationen in den faschistischen Staatsapparat eingegliedert werden sollen.

Der gesamten Arbeiterschaft müssen diese ungeheuerlichen Tatsachen zur Kenntnis gebracht werden. Nicht zu allen Gewerkschaften und Betrieben zu dem Leipartkurs der Gewerkschaftsführung Stellung. Steigert den Proteststurm. Es gilt besonders die Gewerkschaftsmitglieder vom verbrecherischen Charakter des Leipart und Nimpt zu entreißen und sie in die [illegible] Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger und faschistischen Angriffen.

Maxim-Gorki-Feier

am Montag, dem 26. Dezember
(2. Weihnachtsfeiertag)
10.30 Uhr im **Central-Theater**